

Kinderschutz im Internet

Die „Taskforce Strafrecht“ unter der Leitung von Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler veranstaltete in Wien eine internationale Tagung zu den Themen Opferschutz und Täterarbeit.

Um neue Erkenntnisse zu gewinnen und ideale Rahmenbedingungen für den Opferschutz und die Täterarbeit in Österreich zu schaffen, müssen wir über den Tellerrand hinausblicken und uns mit internationalen Best-Practice-Beispielen beschäftigen“, sagte Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler bei einem internationalen Symposium der „Taskforce Strafrecht“ zu den Themen Opferschutz und Täterarbeit am 21. und 22. Juni 2018 in Wien. Ein Richter am Europäischen

Gerichtshof für Menschenrechte, eine Spezialistin für Opferschutz beim FBI, ein Cyber-Kriminologe, ein Europol-Mitglied und weitere Expertinnen und Experten brachten ihre Erfahrungen in den Bereichen Digitalisierung, Recht, Gesundheit, Prävention und Strafverfolgung ein und erarbeiteten mit den Mitgliedern der Taskforce neue Strategien, um die Themen Opferschutz und Täterarbeit in Österreich voranzubringen.

Internet. „Es muss darüber diskutiert werden, wie der digitale Raum für Kinder sicherer gemacht werden kann“, sagte Thomas-Gabriel Rüdiger, MA, Cyber-Kriminologe am Institut für Polizeiwissenschaft an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Viele Menschen würden mehr Zeit im Internet als auf öffentlichen Plätzen verbringen, dennoch seien Polizistinnen und Polizisten auf den Straßen präsenter als in der digitalen Welt.

„Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Wir schützen unsere Kinder auf dem Schulweg und geben ihnen Ratschläge für ein sicheres Verhalten im Alltag, wie beispielsweise, dass man nicht zu Fremden ins Auto steigt. Worauf dabei aber meist vergessen wird, ist die Gefahr, die im Kinderzimmer mit dem Zugang zum Internet lauert“, sagte Staatssekretärin Edtstadler. Schulungen zur Sensibilisierung für die Gefahren im Internet sowohl für Kinder



Tagung der Taskforce Strafrecht: Christian Wandl, Thomas-Gabriel Rüdiger, Karoline Edtstadler, Carlo Ranzoni, Martin Grassberger.

und Jugendliche sowie deren Bezugspersonen seien ein erster Ansatz zur Prävention von Gewalt im digitalen Raum.

Vernetzung der Organisationen.

„Wir müssen vor allem Menschen, die im Gesundheitsbereich tätig sind und häufig den Erstkontakt zu Opfern haben, noch weiter sensibilisieren und ihnen das nötige Rüstzeug zum bestmöglichen Umgang mit den Opfern in die Hand geben“, sagte Edtstadler. Gemeint sind unter anderem Instrumente zur Verbesserung der klinisch-forensischen Bildgebung, die bei der Beweissicherung eine zentrale Rolle spielen. Auch die Vernetzung der einzelnen Organisationen, wie beispielsweise von Krankenhäusern und Behörden, sei essenziell. „Hier darf Datenschutz nicht zum Täterschutz werden“, betonte Edtstadler.

Blick über den Tellerrand. Beim Symposium wurde nicht nur die Lage in Österreich analysiert, es wurden Erfahrungen von internationalen Expertinnen und Experten in die Debatte einbezogen.

Tiffany Short, Expertin für Viktimisierung von Kindern und Jugendlichen, ist für das Federal Bureau of Investigation (FBI) in den USA tätig und engagiert sich als Koordinatorin für Kinderopferprogramme. Beim Symposium in

Wien brachte sie ihre Erfahrungen von der Begleitung von Kindern und Jugendlichen nach Missbrauchsfällen zu Arzt- und Gerichtsterminen ein und schilderte die Zusammenarbeit mit den Ermittlerinnen und Ermittlern.

Carlo Ranzoni, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, regte zur Diskussion rund um den Opferschutz in Europa und die Rolle des Staates an. „Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte prüft, ob ein Staat seinen positiven Ver-

pflichtungen nachgekommen ist, die Opfer vor schwerwiegenden Misshandlungen zu schützen, soweit er vom Risiko Kenntnis hatte oder hätte haben sollen, die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und die Vorwürfe in effektiver Weise abzuklären.“

Taskforce Strafrecht. „Es reicht nicht, Täter zu verurteilen und eine Zeit lang wegzusperren“, sagte die Staatssekretärin. Aus diesem Grund seien zwei Kommissionen eingerichtet worden: die Kommission „Strafrecht“ leitet Mag. Christian Pilnacek, Generalsekretär im Justizministerium. Für die Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“ ist Sektionschef Dr. Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion im Innenministerium, verantwortlich.

In der Kommission „Strafrecht“ geht es um eine Verschärfung der Strafen für Gewalt- und Sexualdelikte und eine Anpassung an die Strafhöhen von Vermögensdelikten.

In der Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“, die am 23. Mai 2018 unter der Leitung von Ministerialrat Gerhard Lang, BA MA, vom Bundeskriminalamt die Arbeit aufnahm, geht es darum, die Opferbetreuung zu forcieren und die Täterarbeit zu intensivieren. Die Ergebnisse der Taskforce werden im zweiten Quartal 2019 präsentiert.

Anna Freinschlag